

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle ober deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellselle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierungsbildung in Bayern.

München, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern fanden den ganzen Nachmittag und Abend Beratungen der Fraktionen und interfraktionelle Besprechungen der Koalitionsparteien zur Frage der Regierungsbildung statt. Es wurde zunächst nur über die Verhandlungen mit Berlin und über die Koalition selbst gesprochen. Vor allem führte die Frage des Wiedereintritts der Deutschnationalen in die neue Regierung zu lebhaften Auseinandersetzungen sowohl innerhalb der einzelnen Parteien, als auch in der interfraktionellen Beratung. Eine Entscheidung über diese Frage ist noch nicht gefallen. Mit Ausnahme von Kahr und Hoff werden voraussichtlich die bisherigen Minister auch der neuen Regierung angehören. Doch kann auch hier eine Veränderung eintreten. Die an die Stelle von Kahr und Hoff neu zu wählenden Minister sind noch nicht bestimmt. Die bayerische Volkspartei hat ihren Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten den Fraktionen noch nicht offiziell mitgeteilt. Die Münchner Morgenblätter nennen den Grafen Hugo Lerchenfeld, der Reichsgesandte in Darmstadt, der während des Krieges Vizepräsident von Warschau war. Doch ist auch über diese Person noch keine Entscheidung gefallen, da Lerchenfeld erst Montag in später Abendstunde in München eingetroffen ist. Eine Aufforderung an die Rechtssozialisten, in die Regierung einzutreten, kommt nach Lage der Dinge überhaupt nicht in Frage. Heute im Laufe des Vormittags finden noch einmal Fraktionsbesprechungen und interfraktionelle Beratungen statt, in der die Entscheidung fallen soll. Die München-Augsburger-Abendzeitung weiß zu berichten, daß die bayerische Volkspartei erneut bemüht gewesen sei, Herrn Kahr zur Wiederannahme des Postens des Ministerpräsidenten zu bewegen, daß aber Kahr wenig Geneigtheit zeige, und daß die Grundlage, auf der die bayerische Volkspartei Herrn v. Kahr neuerdings die Regierung angehören hat, von Herrn Kahr nicht angenommen wird.

Unsere Informationen, daß Waffentransporte nach München stattgefunden haben zur Unterstützung eines geplanten Putschs, wurden von der Münchner Kahrpresse als erfunden abgetan, haben sich aber gestern und heute erneut bestätigt. Selbst in den Beratungen der Koalitionsparteien im Landtag wurden gestern Maßnahmen beraten, um einem eventuellen Putsch der Hakenkreuzler zu begegnen. Insbesondere hielt man sich erregt über die schamlose Flugblattagitiation der Hakenkreuzler auf und die ganze Behandlung der Angelegenheit bei den Koalitionsparteien läßt darauf schließen, daß auch sie sichere Nachrichten von dem geplanten hakenkreuzerischen Putsch haben. Dienstag nacht ist Ministerpräsident v. Kahr aus Verhütungszwecken zurückgekommen, angeblich, um den geplanten Putsch zu verhindern und beruhigend zu wirken.

Heute nachmittags soll der Landtag zusammentreten, um den Ministerpräsidenten zu wählen und jetzt ist über seine Person noch nicht einmal eine Entscheidung gefallen, während die Hakenkreuz-Putschisten fleißig daran arbeiten, durch einen Gewaltakt am Landtag ihren Willen aufzuzwingen.

Der Führer der Opposition ausgeschlossen.

München, 21. September. Die Bayerische Volkspartei hat den Abgeordneten Dr. Zahnbrecher, Führer der Opposition, gegen die Politik des Parteivorstandes helda und unentwegten Anhänger Dr. v. Kahrs, wegen großen Vertrauensbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Zahnbrecher hatte gestern früh in der Münchener Zeitung scharfe Angriffe gegen die Parteileitung gerichtet, Kehr wählen verlangt und die Milderung Dr. v. Kahrs gefordert. Die Verhandlungen mit Berlin sollten seiner Ansicht nach den parlamentarischen Kommissionen entzogen und mit allen Vollmachten einzig und allein Dr. v. Kahr übertragen werden.

Rechtsschwenkung in Görlich.

Görlich, 21. Sept. (Bericht unres. Sonderberichterstatters.) Am Dienstagnachmittag entschied sich der Parteitag mit mehr als vier Fünftel Stimmen Mehrheit für die Resolution des Parteivorstandes, die die Bahn frei macht für die Regierungsbildung mit der Stinnespartei. In namentlicher Abstimmung erhielt sie 290 Stimmen; nur 67 Teilnehmer stimmten dagegen. Die Opposition ist aber schwach und zudem teilweise unklar oder wenig gesellig, denn einige, die gegen die Resolution sprachen, stimmten mit ja. In der Debatte sprachen eine Reihe der ersten Führer für die Erweiterung der Koalition. So Bernstein, der auch die USPD mit in diese Koalition einzutreten aufforderte, damit der Einfluß der Deutschen Volkspartei in der Regierung vermindert werde, Müller-Franken, der sich darauf beschränkte, den Jenaer Reich lächerlich zu machen, der noch nach seiner alten, vor 1914 niedergeschriebenen Vortragsdisposition redete, Otto Braun, dem wie Scheidemann die Bindung der Partei durch die Bedingungen der Resolution noch zu fest war, weil die schnelle politische Entwicklung im Laufe eines Jahres Änderungen notwendig machen könnte, und Severing, der dem Proletariat die Waffen der Reichswehr und Polizei dienstbar machen will durch die Regierungsbildung auch um den Preis der Koalition mit der

Volkspartei. Dr. Küster hatte dafür das Argument, daß die Volkspartei die Verantwortung mit tragen müsse, damit sie keine unverantwortliche Agitation treiben könne. Der Mecklenburger Hoch wollte die Notwendigkeit der erweiterten Koalition durch seine Erfahrungen bei der Regierungsbildung in Mecklenburg beweisen. Er wertete am lautesten gegen die „Maulhelden“ der USPD und der Kommunisten. Die Opposition war gespalten. Eine Richtung wollte sich mit einer unwesentlichen Veränderung zufriedengeben, so die Schlefier und der Chemnitzer Loserelt, der dann hinterher trotz der Ablehnung der Veränderung für die Resolution stimmte. Aber auch der Görlicher Schiller, der mit besonderer Wärme gefordert hatte, daß die SPD, der USPD, Konzeptionen machen müsse, als erste die Ablehnung der Koalition mit der Volkspartei, und der es als lächerlich hinstellte, sich an der Neigung der USPD, zur Diktatur zu stoßen, die dem Kampf für die Republik nicht entgegenstehe, stimmte schließlich mit ja. Das Schlusswort Franz Krügers zeigt, daß die Forderung der Einigung oder auch nur Annäherung an die USPD. struppelnde Feinde in der Führerschaft hat. Krüger, der groß in kleinen Fechtunftsstücken und unbedenklich in der Wahl seiner Mittel, brachte es z. B. fertig, mit dem bekannten Wiles Kadebs an die Zentrale der deutschen Kommunisten, worin er die verhängene Taktik der Benutzung einer Gruppe von Rechtsunabhängigen für kommunistische Zwecke empfiehlt, Stimmung gegen die USPD. zu machen, wie denn überhaupt das Zusammenwerfen der USPD. mit den Kommunisten ein bestes Mittel Krügerscher Waise ist. Er behandelte weiter die Opposition in der eigenen Partei, nämlich die Frankfurter und Chemnitzer, nicht viel besser. Eine Entgegnung des Chemnitzer Blattes, die viel Heiterkeit erregte, mußte er weidlich aus. Politisch wichtiger war seine Erklärung, alle Beschwörer der Resolution seien darin einig, daß es keine Regierungsbildung mit der Volkspartei geben könne, solange sie monarchistische Agitation treibe.

Über die Anträge zur Einigungsfrage wurde noch nicht abgestimmt. Vielmehr bereitet man eine Kompromißresolution vor. Aus der Fülle der anderen Anträge, die erledigt wurden, ist die so gut wie einstimmige Annahme jenes bemerkenswert, der es verbietet, daß Parteimitglieder in bürgerlichen Blättern über parteitaktische Fragen schreiben.

Wie brüchig die Voraussetzungen sind, von denen die Mehrheit bei der Annahme der Resolution zur Regierungsbildung ausging, zeigte Hoch in seinem Fraktionsbericht. Hoch hat gegen die Resolution gestimmt. Er schilderte die wirtschaftliche Situation sehr schwarz; der Winter werde, wenn es der Regierung nicht gelinge, die verbrecherische Devisenspekulation einjubeln, was sehr schwer sei, zu sehr ernsten Ereignissen führen. Deshalb meinte er gegen Müller, der erklärt hatte, daß die Partei noch auf lang hinaus auf die Koalitionspolitik angewiesen sein werde, daß an diesen wirtschaftlichen Fragen die Koalition in einigen Monaten schon zerbrechen könne. Die entscheidenden Steuerfragen werden nicht nur die Koalition mit der Volkspartei verhindern, sondern auch die mit Zentrum und Demokraten sprengen. Sachlich sei heute, am Vorabend des Reichstagsbeginns, das Steuerprogramm noch nicht fertig. Die Partei dürfe aber die Beratungen der einzelnen Vorklagen nicht eher gestatten, als nicht das gesamte Programm vorliege. Als Ausweg erblickt Hoch die Reichstagsaufschiebung. Er fand indes nur teilweisen Beifall.

Es folgte eine Referat Georg Schmidts über Ernährungsfragen, das nichts Neues brachte.

Görlich, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Georg Schmidt führte gestern abend aus, daß die bürgerlichen Parteien nach der von der Sozialdemokratie bekämpften Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion zum Schutze des Reallohnens und andres mehr abgelehnt haben. Die Regierung würde aufgefordert, alle Bestrebungen der breiten Massen auf Erhöhung der Löhne zu unterstützen, dem Wucher des Finanzkapitals der Industriellen und der Landwirte und der Verschwendung von Getreide und andern Nahrungsmitteln nach dem Auslande entgegenzutreten.

Heute morgen referierte Keil über die Steuerfrage. Mit steuerpolitischen Maßnahmen allein sei die Gesundung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen. Neben der Weiterbildung der Besteuerungsgebarung, die eine Steuer für verschwendlichen Aufwand anknüpfen wolle, müßten die Sachvermögen in Anspruch genommen werden. Das freiwillige Angebot der Industriellen, so erklärte Keil mit Schärfe, könne die gefühlige Regelung nicht überflüssig machen. Die Arbeiterchaft solle sich bereithalten, jeden Widerstand gegen die erforderlichen Maßnahmen zur Gesundung der deutschen Finanzen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden. (Lebhafter Beifall.)

Als vierter Teil des Fraktionsberichts folgte ein Referat Brauns über die Justizfrage. Seine Rede und seine Resolution, die sonst durchaus ansprechend sind, fallen dadurch auf, daß sie die alte sozialdemokratische Forderung nach der Wahl der Richter ausgeben. Die Unabsehbarkeit der Richter soll bleiben. Nachdruck will die Reform der Justiz durch strenge Kontrolle der Führung der staatslichen Anwälte und scharfe Auswahl des juristischen Nachwuchses, wie durch Beteiligung von Laienrichtern, die durch Verhältniswahl bestimmt werden, in allen Strafgerichten sehen.

Die Einheitsfront mit Stinnes.

Die Resolution des rechtssozialistischen Parteivorstandes hat in Görlich Annahme gefunden. Mit fast vier Fünftel Majorität stellen sich die Delegierten auf die Grundlage der Resolution, die nichts anderes, als einen völligen Umschwung in der bisherigen Haltung der SPD. bedeutet. Man möchte den alten Ausspruch August Bebel's immer wieder zitieren, der sagte, daß ein Beschluß einer Arbeiterpartei immer dann falsch sei, wenn er das Lob der bürgerlichen Presse finde. Der Beschluß von Görlich hat nicht nur das Lob der Presse vom „Berliner Tageblatt“ bis zur konservativen „Deutschen Tageszeitung“ gefunden. Alle bürgerlichen Blätter ergehen sich in begeisterten Äußerungen über die nunmehrige Schwendung in der SPD.-Politik, die man so sehr schärfte erwartete. Die deutschen Industriellen haben richtig kalkuliert, als sie am Vorabend des Parteitages ihren höchst fragwürdigen Kreditplan der Deffektivität übergeben. Sie wollten damit beweisen, daß die Leute um Stinnes tatsächlich gewillt seien, an dem Wiederaufbau des Reiches mitzuarbeiten. Bis heute haben wir Näheres darüber nicht erfahren, aber selbst wenn die dort gemachten Vorschläge zur Durchführung gelangen sollten, so wären auch sie nichts anderes, als ein Tropfen auf einen heißen Stein.

In Görlich hat man nunmehr beschlossen, mit den Stinnesleuten in eine Linie zu treten. Zwar sagt man das nicht offen und ehrlich in der dort angenommenen Resolution, man spricht lediglich davon, mit allen Parteien, die gewisse „Grund“forderungen, die man dann auf besonderen Beschluß in „Mindest“forderungen umtaufte, anerkennen, in eine Regierungskoalition einzutreten. Die Deutsche Volkspartei wird demzufolge nicht offiziell genannt, aber die ganzen Debatten, insbesondere aber die Begründung der Resolution durch das Parteivorstandsmitglied Krüger drehten sich im wesentlichen um die Deutsche Volkspartei. Hermann Müller versuchte noch kurz vor der Abstimmung die Deutsche Volkspartei, insbesondere deren Heerführer Hugo Stinnes, als einen Mann hinzustellen, der ja doch gar nicht so schlimm sei, mit dem man insoweit sehr gut zusammenarbeiten könne. Er gesteht offen und ehrlich, daß sich die Debatte letzten Endes auf die Deutsche Volkspartei ausgepielt habe und versucht nachzuweisen, daß die Partei Stinnes tatsächlich einen Wandlungsprozess vorgenommen habe. Er gesteht der Volkspartei zu, daß sie zwar ideell immer noch auf der Basis der monarchistischen Staatsverfassung stehe, daß man aber über ein offenes und ehrliches Bekenntnis zur Republik nicht hinweggehen könne. Inwiefern diese Auffassungen berechtigt sind, wird die Entwicklung in den letzten Monaten zeigen müssen. Wir sind nicht imstande, die Auffassungen Müllers teilen zu können, es wird sich zeigen, daß bei kommenden Auseinandersetzungen die Deutsche Volkspartei, trotz der gegenwärtigen Abneigung nach der deutschnationalen Seite hin, immer wieder ein Zusammengehen mit ihren monarchistischen Brüdern von rechts finden werde. Die SPD. wird insoweit an den wenigen Schwalben, die wie Hermann Müller sagt, zwar keinen Sommer machen, aber auch die Auffassung von dem Wandlungsprozess der Stinnespartei nur schwer beweisen können. In Fragen der Auslandspolitik wird sich ein Zusammengehen der SPD., von der alle Blätter sagen, daß sie ihre Beschlässe nur unter dem Gesichtswinkel der USPD. gefaßt habe, nur schwer ermöglichen lassen. Entscheidend aber wird die Stellungnahme der Volkspartei zu den Steuerfragen sein, die in den nächsten Wochen im Reichstage zur Entscheidung gelangen müssen. Es handelt sich darum, sollen die gewaltigen Steuerlasten auf die Schultern der Besitzlosen geworfen werden, oder aber sollen durch die Erfassung der Goldwerte die Stinnesleute einen wesentlichen Anteil davon übernehmen. Daß die Stinnesleute dazu nicht gewillt sind, beweist ihr Kreditversagen, der nichts anderes war, als ein Kufhandelsobjekt, um von der Erfassung der Goldwerte frei zu kommen. Der rechtssozialistische Abgeordnete Hoch hat als Berichterstatter der Reichstagsfraktion bereits auf die Schwierigkeiten der Situation hingewiesen und die politische Lage viel schwärzer geschildert, als sie nach den Reden der übrigen Führer zur Darstellung gelangt war. Er sieht angesichts der Schuldenlast, angesichts der Reparationsforderungen der Entente, angesichts der Schwierigkeiten in der Beschaffung von Devisen außerordentlich düster in die Zukunft und lehnt sich schon damit in entscheidenden Gegenjah zu der Haltung des Parteitages, wie sie in der Zustimmung zur Vorstandesresolution zum Ausdruck gekommen war.

Daß in bezug auf die Steuerfragen sich unmittelbar Schwierigkeiten mit den Stinnesparteilern ergeben werden, verkennt auch Hermann Müller nicht. Trotzdem aber tritt er für die Rechtsschwenkung mit aller Entschiedenheit ein. Bei alledem ist die Frage aufzuwerfen, ist der Wandlungsprozess innerhalb der Deutschen Volkspartei wirklich so groß, daß er eine derartige Schwendung der Rechtssozialisten rechtfertigen würde. Die bürgerlichen Blätter höhnen, insbesondere die Leipziger Neuesten Nachrichten fragen in aller Offenheit:

Was ist denn nun geschehen, um diese erstaunliche Wandlung